

Wochenkommentar

Freiburg liebt das Bargeld – gut so

Während in vielen Teilen der Schweiz Bankomaten verschwinden, bleibt die Situation im Kanton Freiburg vergleichsweise stabil. Geldautomaten werden kaum abgebaut – durchaus ein Signal mit Zukunft.

Die Schweiz wird zur Bargeldwüste – schleichend, aber spürbar. Nicht, weil die Menschen Bargeld nicht mehr wollen, sondern weil man es ihnen zunehmend abgewöhnt. Die Zahlen sind paradox und politisch brisant: Fast 17 Prozent der Bevölkerung haben gemäss «Swiss Payment Monitor» üblicherweise kein Bargeld mehr dabei; mobile Zahlungen, Karten und Apps haben den Alltag erobert. Gleichzeitig lehnen 71 Prozent eine Abschaffung ab. HSG-Ökonom Tobias Trütsch erklärt diese Spannung treffend: Bargeld verliert als Zahlungsmittel an Bedeutung, wird aber als verfügbare Alternative und zur Wertabwahrung weiterhin geschätzt.

Weniger genutzt heisst jedoch nicht überflüssig – diese Differenzierung droht in der Bargeld-Debatte unterzugehen. Schweizweit sinkt die Zahl der Bankomaten seit Jahren, gemäss SNB von rund 7300 (2019) auf noch rund 6000 (2025). In Freiburg hingegen bleibt die Infrastruktur stabil, wie die von den FN angefragten In-

stitute übereinstimmend mitteilen. Das ist mehr als ein Service, es ist ein Bekenntnis zur Wahlfreiheit.

Ein Teufelskreis

Denn der Rückbau folgt oft einem bekannten Muster: Weniger Bankomaten führen zu weniger Bargeldnutzung – und die sinkende Nutzung wird zur Begründung für noch weniger Infrastruktur. Am Ende heisst es: «Die Nachfrage ist zu gering.» Banken argumentieren dabei nüchtern und nachvollziehbar. Ein Bankomat ist teuer, verursacht hohe Wartungs-, Betriebs- und Sicherheitskosten. Wird er zu wenig genutzt, muss man über einen Abbau reden. Hinzu kommen Risiken: Sprengungen richten Sachschäden an und können Menschen gefährden, gerade in Wohngebieten. Sicherheit ist Pflicht, aber kein Argument gegen Bargeld. Wenn Bargeld politisch und gesellschaftlich erwünscht ist, darf seine Infrastruktur nicht allein betriebswirtschaftlich beurteilt werden.

«In der Bevölkerung ist der Wunsch klar: Bargeld soll verfügbar und sicher bleiben und nicht schleichend verdrängt werden.»

Zumal der Abbau längst nicht nur bei Bankomaten stattfindet. Auch Bankfilialen und Schalterhallen werden ausgedünnt, Bargeldgeschäfte gelten als aufwändig, teuer und unsicher. Bargeld wird damit nicht verboten, aber unpraktischer. Umso bemerkenswerter ist Freiburgs Gegenbewegung. Bargeld wird hier offensichtlich noch als

Teil der Grundversorgung verstanden. Banken nehmen Münzen entgegen, Bargeldzahlungen sind im Alltag noch fast überall möglich, und die Infrastruktur wird erhalten. Das ist nicht rückwärtsgewandt, sondern vorausschauend.

Bargeld hat viele Funktionen

Denn Bargeld ist in der Schweiz mehr als ein Zahlungsmittel. Es steht für Vertrauen, Stabilität und Selbstbestimmung. Genau darum geht es auch bei der Bargeldinitiative und dem direkten Gegenvorschlag, über die am 8. März abgestimmt wird: Wie sichern wir die Möglichkeit, bar zu bezahlen, langfristig ab? Im Parlament war die Sympathie gross, und auch der Bundesrat anerkennt die Bedeutung des Bargelds. Er hält die Initiative jedoch für zu unpräzise und setzt auf den Gegenvorschlag: Franken als Währung und die SNB als Garantin der Bargeldversorgung – neu auf Verfassungsstufe.

In der Bevölkerung ist der Wunsch klar: Bargeld soll verfügbar und sicher bleiben und

nicht schleichend verdrängt werden. Der Trend zur Bequemlichkeit und reinen Effizienz blendet sonst zentrale Punkte aus: Wer kein Smartphone hat, wer bewusst auf digitale Annehmlichkeiten verzichtet, wer Kontrolle über seine Ausgaben behalten oder schlicht anonym bezahlen möchte, ist auf Bargeld angewiesen.

Problematisch sind deshalb Signale wie jenes der BLS, an ihren Automaten keine Barzahlungen mehr zuzulassen. Solche Entscheide mögen betriebswirtschaftlich begründet sein, gesellschaftlich senden sie ein falsches Zeichen. Sie beschleunigen einen Strukturwandel, der von der Mehrheit nicht gewollt ist.

Bargeld verschwindet nicht plötzlich – es wird aber Schritt für Schritt zurückgedrängt: zuerst an Ticketautomaten, dann in Parkhäusern, später in Geschäften. Am Ende lautet die Begründung wieder: «Die Nachfrage ist zu gering». Doch Nachfrage entsteht auch durch Angebot.

Freiburg zeigt, dass es anders geht: technische Entwicklun-

gen nutzen, ohne bewährte Infrastruktur preiszugeben; Münzen nicht als Störfaktor behandeln, sondern als Teil eines funktionierenden Systems; ökonomische Effizienz ernst nehmen, aber nicht zum einzigen Massstab machen.

Die Abstimmung vom 8. März ist deshalb mehr als eine finanzpolitische Detailfrage. Sie ist eine Grundsatzentscheidung darüber, welchen Stellenwert Bargeld künftig haben soll. Freiburg beweist schon heute: Bargeldpflege ist keine Nostalgie, sondern ein Bekenntnis zu Wahlfreiheit, Vertrauen und sozialer Teilhabe. Diese Haltung verdient Unterstützung.



Marc Lehmann
Publizistischer Leiter

Moment mal

Partizipation – das Zusammenleben mitgestalten

Partizipation bringt den Wunsch des Menschen zum Ausdruck, mitzubestimmen und mitzugestalten. Das ist mehr als nur Zuschauen oder passive Teilnahme. Partizipative Entscheidungsprozesse erfordern von allen Beteiligten die Offenheit, andere Stimmen einzubeziehen und von diesen zu lernen. Das braucht Zeit und Geduld. Partizipation kann auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Formen stattfinden, in Vereinen, Gemeinden, Netzwerken und politischen Debatten. Wahlen, Abstimmungen, Initiativen, Petitionen,

aber auch Demonstrationen sind Ausdruck davon.

Partizipation ist ein Grundprinzip der Demokratie. Diese ist dadurch geprägt, dass alle Menschen mitreden und mitgestalten können. Sie identifizieren Probleme und Herausforderungen und suchen gemeinsam nach Lösungen. Indem sich unterschiedliche Personen und Gruppen für das grössere Ganze einsetzen, arbeiten sie zusammen, nehmen sie einander wahr und streiten sie um die besten Lösungen. Dies erfordert Kommunikation, Kooperation und Dialog. Dadurch trägt Partizipation zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Sie ist unverzichtbar für das grössere Ganze, aber auch für das Individuum, dessen Würde und Hoffnung nach einem erfüllten Leben in der Mitgestaltung des Zusammenlebens zum Ausdruck kommen.

Demokratie braucht alle Stimmen

Nicht alle gesellschaftlichen Gruppen partizipieren jedoch gleichermassen. Wer partizipieren will, braucht Zeit, Ressourcen, Wissen und Kompetenzen. Daher stehen gesellschaftliche und politische Verantwortungsträger vor der Aufgabe, Diskussionsprozesse möglichst inklusiv und gleichberechtigt zu gestalten. Wie sieht es mit der Beteiligung und Wahrnehmung etwa von Geflüchteten, religiösen Minderheiten, Obdachlosen, Behinderten, Ar-

mutsbetroffenen oder Gefangenen aus? Partizipation ist eine Frage der Gerechtigkeit, geht es doch darum, die Chancen zur Mitgestaltung breit zu verteilen. So kann gewährleistet werden, dass auch die Stimme derjenigen gehört wird, die sonst vielleicht gänzlich unbeachtet bleiben würden.

Umgekehrt tragen zu grosse Machtgefälle und der Ausschluss von bestimmten Personengruppen zur gesellschaftlichen Spaltung und zum frustrierenden Rückzug bei. Eine lebendige Partizipationsgesellschaft ist das Gegenteil davon. Sie ist von der Überzeugung getragen, dass Weisheit und Erkenntnis nicht auf wenige verteilt sind, sondern erst im Zusammenspiel unterschiedlicher Sichtweisen die besten Antworten auf die Herausforderungen für die gemeinsame Zukunft gefunden werden können.



Hansjörg Schmid

Hansjörg Schmid ist Direktor des Schweizerischen Zentrums für Islam und Gesellschaft (SZIG) und Vizerektor der Uni Freiburg.

Ausserdem von Aldo Ellena



Freiburg, 4. Februar 2026.